

«Auf die Uni kommen düstere Zeiten zu»

Der frühere Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) kritisiert die mangelnde Wertschätzung für die Universität im Baselbiet.

Hans-Martin Jermann

Christoph Eymann, der Uni-Leistungsauftrag für die nächsten vier Jahre wird gerade in den beiden Basler Parlamenten beraten. Vergangenen Donnerstag debattierte der Landrat. Ihr Eindruck?

Christoph Eymann: Ich bedaure, dass abgesehen von den linken Parteien niemand den Wert der Universität für die ganze Region herausgestrichen hat. Leider wird in der Baselbieter Politik seit 2015 Planungsunsicherheit geschürt. Damals kündigte die Regierung an, man wolle bei der Uni 25 Millionen Franken pro Jahr sparen. Seither wird über sie im Baselbiet vor allem als Kostenfaktor diskutiert. Die Universität Basel ist seit 1460 ein Motor für den Wohlstand in unserer Region. Mit dieser Institution und diesem Wert sollten wir anders umgehen.

Malen Sie da nicht ein etwas düsteres Bild? Immerhin haben sich abgesehen von der SVP alle Baselbieter Parteien zur Uni bekannt und Beiträge von 733 Millionen Franken bis 2029 abgesegnet.

Ohne die grossen Beiträge von Baselland hätte sich die Uni qualitativ und quantitativ nicht so erfolgreich entwickeln können. Den Regierungsräten Peter Schmid und Urs Wüthrich sei dafür gedankt! Die aktuelle Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat in den vergangenen Jahren immer wieder betont, für wie wichtig sie die Uni halte – und dann doch an allen Ecken und Enden gespart.

Wie beurteilen Sie den Uni-Leistungsauftrag inhaltlich?

Er ist eine Mogelpackung: Es wird behauptet, die Uni erhalte 11 Prozent mehr als 2022 bis 2025. Zieht man allerdings die teuerungsbedingten Kosten und die rund 100 Millionen zum Ausgleich der Budgets 2024 und 2025 ab, welche die Uni aus dem Eigenkapital berappt hat, dann ist sie bestenfalls auf dem Stand von 2020. Auch musste sie



«Die behauptete Weiterentwicklung der Uni ist mit diesem Globalbudget nicht möglich», sagt Christoph Eymann.

«Damit lässt sich zwar der Absturz verhindern, doch Höhenflüge sind nicht möglich.»

Mehrkosten für das neue Biozentrum tragen. Baselland hat angekündigt, ab 2030 weniger bezahlen zu wollen. Planungssicherheit sieht anders aus.

Steht der Uni zukünftig zu wenig Geld zur Verfügung?

Die Uni ist auf einem Segelflug unterwegs: Damit lässt sich zwar der Absturz verhindern, doch Höhenflüge sind nicht möglich. Was die Regierungen beider Basel in ihrem Communiqué verlauten liessen, stimmt nicht: Die behauptete Weiterentwicklung der Uni ist mit diesem Globalbudget nicht möglich. Dies gilt erst recht, wenn man die angekündigten Sparmassnahmen des Bundes in Betracht zieht. Auf die Uni kommen düstere Zeiten zu.

War die Basler Regierung gegenüber jener des Baselbiets in den Verhandlungen zu wenig hartnäckig?

Es wäre arrogant von mir zu behaupten, die Basler Regierung habe schlecht verhandelt. Die städtische Seite sitzt derzeit taktisch am kürzeren Hebel. Sollte es auf Baselbieter Seite ein Ziel sein, finanziell auf die Bremse zu stehen, so hat die Ba-

selbieter Regierung das geschickt gemacht. Der Diskurs war in den letzten Jahren stark von den Androhungen aus dem Landkanton geleitet, weniger an die Uni zu bezahlen oder ganz aus dem Vertrag auszuweichen.

Am Mittwoch kommt der Leistungsauftrag in den Grossen Rat. Warum finanziert Basel-Stadt die Uni nicht so aus, wie er es für richtig hält? Das Geld wäre vorhanden.

Vielleicht kommt es ja so weit. Aber ich halte das nicht für eine zielführende Strategie. Würden solche Pläne nur schon publik, würde das im Baselbiet die Lust verstärken, die Beiträge herunterzufahren. Am Schluss wäre für die Uni nichts gewonnen. Kommt hinzu: Ob in Basel-Stadt die Steuereinnahmen der Pharmakonzerne in Zukunft noch so sprudeln werden wie in den letzten 20 Jahren, ist ungewiss.

Laut der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) zahlen Nicht-Universitätskantone wie Aargau nur einen Bruchteil der Kosten, die für ihre Studierenden anfallen. Den Hauptteil tragen die Standortkantone.

Diese Unterscheidung der Kantone ist problematisch und just bezüglich des Kantons Baselland seltsam: Er ist im Sinne der Schweizerischen Hochschulkonferenz kein Universitätskanton, obwohl er Träger der Uni Basel ist. Das Problem: Man wird keinen Systemwechsel erreichen, weil eine Mehrheit der Kantone von der heutigen Finanzierungs-Regel profitiert. Die aussichtslose Forderung, andere Kantone stärker zur Kasse zu bitten, wird in der Debatte als argumentativer Rettungsfallschirm benutzt. Das stört mich. Wir sollten uns auf konstruktive Finanzierungsideen fokussieren.

Auch Sie wehren sich gegen die Sparmassnahmen des Bundesrates bei den Hochschulen. Wie könnten Kosten gesenkt werden, ohne die Bildungsqualität zu gefährden? Ich bin der Meinung, dass die kantonalen Universitäten enger zusammenarbeiten und sich spezialisieren müssen. Der Bund könnte finanzielle Anreize in Aussicht stellen, wenn die Fakultäten zweier Universitäten – nehmen wir als Beispiel die Psychologie in Basel und Bern – Studiengänge koordinieren und gemeinsam an beiden Standorten anbieten. Hier ist bisher leider wenig bis gar nichts passiert. Der Vorwurf, in der kleinräumigen Schweiz würden Mittel verschwendet, wenn jede Uni alles anbietet, ist nicht unberechtigt.

Sie haben bereits 2017 gefordert, dass der Bundesanteil an den Nationalbank-Gewinnen für die Hochschulen zweckgebunden werden soll – und sind gescheitert. Die Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss hat die Idee jüngst wieder lanciert. Zu Recht?

Durchaus. Ich halte die Idee nach wie vor für eine der gescheiterten, um den Hochschulen mehr Mittel zukommen zu lassen – ohne dass der Einfluss des Bundes auf die Hochschulen steigen wird. Ich befürchte allerdings, dass auch ein neuer Vorstoss abgelehnt wird.

Sehen Sie neue Finanzierungsmodelle für die Uni vor Ort in Basel?

Ich könnte mir vorstellen, dass das Standortförderpaket, das in Basel-Stadt nach dem Volks-Ja eben eingeführt worden ist, im Laufe der Zeit modifiziert wird und Mittel aus den zusätzlichen Einnahmen der OECD-Mindeststeuer der Universität zukommen. Das liesse sich aufgrund der Herkunft der Gelder – ein Grossteil stammt von den Pharmakonzernen – inhaltlich gut begründen. Allerdings stellt sich die Frage, ob man dann in anderen Bereichen Abstriche machen müsste.